



DPG-Rundbrief – Februar 2020

Liebe DPG-Mitglieder, liebe Leserin, liebe Leser,

Ein uns seit vielen Jahren bekannter Herr Benjamin Weinthal aus Wien stellt sich stets wie folgt vor: „ich bin der Europa-Korrespondent der Jerusalem Post, Israels größter englischer Zeitung“. Dann stellt er kurze Fragen, die innerhalb einer festgesetzten Frist zu beantworten sind. Journalistisch ist das keine professionelle Vorgehensweise. Wir haben stets seine Anfragen ignoriert.

Anfrage 1

Btr. Jerusalem Post Presseanfrage: Frist am Dienstag - 03 02.2020 20:38:

An: dpg@dpg-netz.de

Sehr geehrter Damen und Herren,

mein Name ist Benjamin Weinthal und ich bin der Europa-Korrespondent der Jerusalem Post, Israels größter englischer Zeitung.

Ich arbeite an einem Jerusalem Post Bericht in Bezug auf die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. und die BDS-Organisation.

Warum unterstützen Sie BDS? Beachten Sie bitte den Link dazu:

<http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/unterstuetzer/>

Der Bundestag hat BDS als antisemitisch eingestuft.

Deutsche Juden und Organisationen, die Judenhass in Deutschland bekämpfen, haben die DPG ebenfalls als antisemitisch bezeichnet.

Ist die DPG antisemitisch? Wenn nicht, warum?

Ist BDS antisemitisch? Wenn nicht, warum?

Ich werde meinen Bericht morgen, Dienstag, um 20:00Uhr abgeben.

Bitte bestätigen Sie den Erhalt dieser Presseanfrage.

Beste Grüße aus Jerusalem

Benjamin Weinthal

00972 50 686 7949

Das Präsidium hat sich schnell darauf verständigt, keine Stellungnahme auf diese billige Art und Weise abzugeben, da uns bekannt ist, was Weinthal daraus macht. Entsprechend und rechtzeitig haben wir unsere DPG-Koordinatorinnen und Koordinatoren darauf hingewiesen.

Bekanntlich sind vier Abgeordnete des Deutschen Bundestages Mitglieder im DPG-Beirat. Das Beiratsmitglied Herr **Olaf in der Beek** (MdB-FDP) muss eine solche Anfrage von Weinthal erhalten haben. Mit einem ungewöhnlichen Schreiben vom 31.01.2019, erhalten als Email am 4.2.2020 um 17:07 Uhr, kritisiert Herr in der Beek die DPG und stuft sie als antisemitisch ein.

Das Büro des Bundestagsabgeordneten war turnusgemäß gebeten worden, einen Termin mit einem Raum im Reichstag für die nächste Sitzung des Beirates zu organisieren.



Olaf in der Beek
Mitglied des Deutschen Bundestages

Olaf in der Beek MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn Nazih Musharbash
Präsident der Deutsch-Palästinensischen
Gesellschaft e.V.
Postfach 1148
49171 Hilter am Teuroburger Wald

Berlin
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 72 4 12
☎ (030) 227 70 4 11
✉ olaf.inderbeek@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bochum
(Im Innenhof)
Ehrenfeldstraße 14
44789 Bochum
☎ (0234) 60 14 19 75
☎ (0234) 60 14 19 77
✉ olaf.inderbeek.ma02@bundestag.de

Berlin, den 31. Januar 2020

Sehr geehrter Herr Musharbash,

in Ihrer E-Mail vom 4. Dezember 2019 schreiben Sie, dass neben angeblicher einseitiger und völkerrechtswidriger Maßnahmen der israelischen Regierung und der US-Administration die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung erschwert sowie „die Arbeit der Solidaritätsgruppen, die sich für friedliche Regelungen des Nahostkonflikts einsetzen, durch dubiose Begründungen in Deutschland verunmöglicht“ würden.

Diese undifferenzierten Aussagen muss ich als Mitglied des Deutschen Bundestages, gerade im Hinblick auf die von Ihnen genannten angeblichen „Solidaritätsgruppen“ entschieden zurückweisen. Wie bereits in der letzten Sitzung des Beirats von Seiten verschiedener Abgeordneten angemerkt, ist gerade die von Ihnen in Ihrer Mail vom 4. Dezember 2019 indirekt angesprochene BDS-Bewegung keinesfalls eine „Solidaritätsgruppe“. Bei dieser Bewegung handelt es sich unzweideutig um eine antisemitische Kampagne, wie auch der Deutsche Bundestag mehrheitlich in seinem Beschluss zum Antrag „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“ auf Bundestagsdrucksache 19/10191 festgestellt hat.

Einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts stehen insbesondere Radikalisierung und einseitige Schuldzuweisungen im Wege. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages sehe ich es als meine Pflicht und Verantwortung an, mich entschieden gegen Antisemitismus, Hass und Hetze einzusetzen.

Im Lichte des vom Bundestag beschlossenen Antrags „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“, den auch ich in namentlicher Abstimmung aus voller Überzeugung mitgetragen habe, sehe ich für mich eine weitere Mitarbeit im Beirat der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. nur dann als möglich an, wenn sich dieser ausdrücklich von der Unterstützung der BDS-Bewegung durch die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V., wie zuletzt in Ihrem Schreiben vom 10.10.2019 an den Berliner Innensenator deutlich gemacht, distanziert. Einen Beschlussvorschlag hierzu werde ich Ihnen rechtzeitig vor der nächsten Sitzung des Beirats zukommen lassen.

Ferner kann ich an der Organisation eines kommenden Beiratstreffens nicht mitwirken. Der Deutsche Bundestag hat am 17. Mai 2019 beschlossen „Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter der Bundestagsverwaltung stehen, keinen Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung zu stellen“. Dies betrifft auch den Beirat der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, so lange er sich nicht eindeutig von der durch das Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft zum Ausdruck gebrachten Solidarisierung mit der BDS-Kampagne distanziert.

Mit freundlichen Grüßen



Das Präsidium hat sofort angefangen eine entsprechende Stellungnahme per Telefon und Email abzustimmen, die an Herrn in der Beek versendet werden sollte.

Und plötzlich erfahren wir, dass das an den Präsidenten der DPG gerichtete und noch nicht beantwortete Schreiben bereits von der Jerusalem Post veröffentlicht wurde. In der an uns gerichtete Email werden wir in Kenntnis gesetzt, dass der FDP-Bundestageabgeordnete Olaf in der Beek damit droht die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft zu verlassen.

Mit einer zweiten Email wird der Präsident aufgefordert weitere Fragen mit einer festgesetzten Frist zu beantworten.

Anfrage 2

Btr.: Jerusalem Post Presseanfrage: Frist am Mittwoch 05.02.2020 01:02 Uhr

Sehr geehrter Herr Musharbash,

beachten Sie bitte diesen Artikel zur BDS-Kampagne und DPG.

<https://www.ruhrbarone.de/fdp-bundestagsabgeordneter-olaf-in-der-beek-droht-die-deutsch-palaestinensische-gesellschaft-zu-verlassen/178500#>

Werden Sie und DPG die BDS-Kampagne ablehnen?

Ist BDS antisemitisch?

Ich will meinen neuen Jerusalem Post-Bericht am Mittwoch um 20:00Uhr abgeben.

Bitte bestätigen Sie den Erhalt dieser Presseanfrage.

Beste Grüße aus Jerusalem

Benjamin Weinthal

00972 50 686 7949



Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung
IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK
Steuernummer: 207/107/603315
Vereinsregister Amtsgericht Köln VR 9394

Präsident

Nazih Musharbash

Vizepräsidenten

Dr. Detlef Griesche

Ursula Mindermann

Gisela Siebourg

Dr. Ribhi Yousef

Kontakt

Nazih Musharbash

Hagenberg 58

D-49186 Bad Iburg

musharbash@dpg-netz.de

DPG – Nazih Musharbash – Hagenberg 58 – 49186 Bad Iburg

Herrn

Bundestagsabgeordneter

Olaf in der Beek

Bundestag

Berlin

Per Email

Bad Iburg, den 05.02.2020

Sehr geehrter Herr in der Beek,

hiermit bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 31.1.2019 und stelle mit Empörung fest, dass Sie bereits medial in der Jerusalem Post¹ davon Gebrauch gemacht haben, ohne unsere Antwort abzuwarten. In dem Bericht, in dem Ihr Schreiben an den Unterzeichner veröffentlicht wurde, heißt es: „FDP-Bundestagsabgeordneter Olaf in der Beek droht, die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft zu verlassen“.

Mit dem besten Wissen und Gewissen darüber, dass die von Palästinenserinnen und Palästinensern initiierte Bewegung auf keinen Fall das Existenzrecht Israels in Frage stellte, hat die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG) den friedlichen Aufruf von BDS im Jahr 2005 unterzeichnet. Die DPG hat sich deshalb für die Unterzeichnung entschieden, weil in einem großen Rahmen erstmalig Palästinenserinnen und Palästinenser friedliche Methoden zur Beendigung der völkerrechtswidrig anhaltenden Besetzung anstrebten und sich von der Gewaltanwendung distanzieren.

Die Grundidee des BDS-Aufrufs als gewaltlose Maßnahme zur Beendigung der Besetzung halten wir immer noch für berechtigt. Aus diesem Grund und bis zu keinem Zeitpunkt hat sich die DPG aktiv an BDS-Aktionen beteiligt oder solche initiiert unterstützt oder dazu aufgerufen.

Die DPG ist eine Gesellschaft unter vielen anderen in Deutschland tätigen Arbeitskreisen und Vereinen, die sich für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina einsetzen. Sie alle werden als „Solidaritätsgruppen“ bezeichnet. In diesem Zusammenhang ist es eindeutig klar, dass die DPG ausschließlich für sich spricht und nicht für andere.

Sehr geehrter Herr in der Beek,

Sie kritisieren, dass wir am 4.12.2019 die beschlossenen Entscheidungen der israelischen Regierung und der USA-Administration als einseitig bezeichnen und fügen hinzu „angeblich“. Wir sind der Meinung, dass Entscheidungen und Beschlüsse ohne Verhandlungen immer als „einseitige“ Maßnahmen zu bezeichnen sind, wenn die damit direkt Betroffenen nicht einbezogen werden.

Es verletzt uns sehr, wenn Sie schreiben, als „Abgeordneter des Deutschen Bundestages sehe ich es als meine Pflicht und Verantwortung an, mich entschieden gegen Antisemitismus, Hass und Hetze einzusetzen“, und der DPG damit indirekt Gegenseitiges unterstellen. Mit dieser Aussage

werden die DPG und ihre zu über 95% deutschstämmigen Mitglieder pauschal von Ihnen in Verdacht genommen.

Das ist verletzend und inakzeptabel.

Die DPG verurteilt jeglichen Antisemitismus und Hass und verurteilt Hetze auf das Schärfste!

Die DPG sieht es jedoch als ihre Verpflichtung an, die israelische Politik in Bezug auf Expansion und Besetzung zu kritisieren und legt den großen Wert darauf, dass diese Kritik politisch motiviert und niemals als antisemitisch bezeichnet werden darf. Aus diesem Grund haben wir uns gegen die Entschließung des Bundestages ausgesprochen, weil die Kritik an der israelischen Politik bedauerlicher- und fälschlicherweise mit antisemitisch gleich gesetzt wird.

Unsere Gesellschaft setzt sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes im Rahmen der internationalen Vereinbarungen und im vollen Einklang mit der Nahostpolitik der deutschen Bundesregierung und der EU, nämlich für eine friedliche Beendigung der israelischen Besetzung und für die Schaffung eines Staates Palästina auf den Grenzen von 1967 ein. **Auch die Bundesregierung und die EU sehen in der andauernden israelischen Besetzung einen Verstoß gegen das Völkerrecht.**

Sie stufen die DPG im Sinne der Bundestagsentschließung als eine antisemitische Organisation ein und begründen dies damit, dass die DPG das Existenzrecht Israels in Frage gestellt habe, obwohl Sie wohl wissen dürften, dass dieses nicht zutrifft.

Ferner teilen Sie uns mit, dass der DPG und dem Beirat aus diesem Grund keine Räumlichkeiten im Bundestag zur Verfügung gestellt werden dürfen und verknüpfen dies mit einer Bedingung, die längst wie oben erwähnt obsolet ist.

Mit freundlichen Grüßen



Nazih Musharbash
Präsident

ⁱ Benjamin Weinthal: <https://www.ruhrbarone.de/fdp-bundestagsabgeordneter-olaf-in-der-beek-droht-die-deutsch-palaestinensische-gesellschaft-zu-verlassen/178500>